

IndustriALL Global Union fordert die koreanische Regierung und die Nationalversammlung auf, die Überarbeitung des Gesetzes zur Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen (Nr. 87 und 98) einzuleiten

Im Jahr 2021 ratifizierte Südkorea die ILO-Kernarbeitsnormen (Nr. 87 und 98), die am 20. April 2022 in Kraft traten. Zu diesem Zeitpunkt überarbeitete Korea Teile des Gewerkschaftsgesetzes (TULRAA); es war jedoch deutlich geworden, dass das Land Gesetze und Institutionen beibehält, die nicht mit den ILO-Kernarbeitsnormen in Einklang stehen. Dies ging nicht nur aus Berichten der koreanischen IndustriALL-Mitgliedsorganisationen hervor, sondern auch aus den direkten Aufforderungen, die der ILO-Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen (CEACR) offiziell an die koreanische Regierung richtete, um die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen durch Korea zu überprüfen.

Wie die koreanische Nationalversammlung sehr wohl weiß, hat der ILO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit (CFA) die koreanische Regierung immer wieder darauf hingewiesen, dass die Frage der Lohnzahlung an hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre eine Angelegenheit ist, die von den Sozialparteien freiwillig entschieden werden sollte und nicht durch den Gesetzgeber, und dass eine Einmischung des Gesetzgebers in den Umfang der Freistellungen unangebracht ist. Der ILO-Sachverständigenausschuss forderte in einem direkten Ersuchen an die südkoreanische Regierung auch die Streichung von Artikel 24(4) des Gewerkschaftsgesetzes, der die Nichtigkeit von Tarifverträgen vorsieht, die diese Obergrenze für die Freistellung überschreiten, da dieser Artikel nicht mit dem Übereinkommen vereinbar ist. Dementsprechend fordert IndustriALL die koreanische Regierung und die Nationalversammlung nachdrücklich auf, mit der Überarbeitung des Gesetzes zu beginnen, um dieses restriktive Freistellungssystem abzuschaffen.

Die koreanische Regierung von YOON Suk Yeol legte ihr Veto gegen die Überarbeitung der Artikel 2 und 3 des Gewerkschaftsgesetzes ein, die letztes Jahr von der Nationalversammlung verabschiedet worden war. Der verabschiedete Gesetzentwurf sah vor, Leiharbeitnehmern Gewerkschaftsrechte zu gewährleisten, übermäßige Streikbeschränkungen zu lockern und Schadensersatzklagen gegen und strafrechtliche Bestrafung von Streikenden zu regeln. Der ILO-Sachverständigenausschuss forderte die koreanische Regierung auf, ein Exemplar des überarbeiteten Gesetzes vorzulegen, und bezog dieselbe Position wie diejenige, die hinter der Überarbeitung im vergangenen Jahr gestanden hatte.

Dementsprechend bedauert IndustriALL zutiefst das Veto der koreanischen Regierung, die Überarbeitungen der Artikel 2 und 3 des Gewerkschaftsgesetzes abzulehnen. Außerdem fordern wir die koreanische Regierung und die Nationalversammlung auf, die Überarbeitung des Gesetzes wieder aufzunehmen.

Letztes Jahr leitete die koreanische Regierung nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden eine administrative Zwangsuntersuchung der Gewerkschaftsbücher ein, obwohl von den Gewerkschaftsmitgliedern keine Beschwerden vorgebracht wurden. Anschließend führten die Verwaltungsbehörden trotz des Widerstands der Arbeitnehmerschaft einseitig ein System ein, das die Offenlegung aller Einzelheiten der Gewerkschaftsbücher vorsieht und die Steuerabzüge der Gewerkschaftsmitglieder für Gewerkschaftsbeiträge als Pfand nimmt. Die

ILO vertritt den Standpunkt, dass ein gewaltsames Eindringen des Staates in die internen Finanzangelegenheiten von Gewerkschaften nur dann gerechtfertigt werden kann, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen, etwa Gesetzesverstöße.

Dementsprechend fordert IndustriALL die koreanische Regierung und die Nationalversammlung auf, das System abzuschaffen, das die Möglichkeiten der Einmischung von Verwaltungsbehörden und Arbeitgebern in die Finanzangelegenheiten der Gewerkschaften erweitert.

Das Versäumnis, ratifizierte ILO-Übereinkommen ordnungsgemäß umzusetzen, ist gleichbedeutend mit einem Verstoß gegen die zwischenstaatlichen Verpflichtungen. Die koreanische Regierung und die Nationalversammlung müssen sich darüber im Klaren sein, dass dies ein ernstes Problem ist, das nicht nur ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der internationalen Gemeinschaft beeinträchtigt, sondern auch zu Situationen führen kann, die sich negativ auf die koreanische Wirtschaft auswirken, wie etwa Handelssanktionen.

IndustriALL wird weiterhin genau beobachten, ob die koreanische Nationalversammlung und die Behörden alle Maßnahmen, einschließlich Gesetzesänderungen, ergreifen, um die von Korea ratifizierten ILO-Kernübereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 umzusetzen. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin mit dem Kampf unserer koreanischen Mitgliedsorganisationen für eine Änderung der Gesetze solidarisch zeigen.
